GenA: 320 Verw E III

Geschäftsverteilungsplan
für das Jahr 2024

Der Präsident des Verwaltungsgerichts schließt sich der 3. Kammer an.

Das Präsidium des Verwaltungsgerichts Osnabrück beschloss sodann folgenden Geschäftsverteilungsplan für das Jahr 2024:

1. Abschnitt

Besetzung der Kammern mit Berufsrichtern

§ 1 Besetzung der Kammern

a) 1. Kammer

Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Dr. Rolfsen
-Vorsitzender-

Richterin am Verwaltungsgericht Conrads
-zur stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richterin Brentrup

Richter Fuhlendorf

b) 2. Kammer

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Paul
-Vorsitzender-

Richterin am Verwaltungsgericht Dr. Landwehr
-zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richterin Eggers

c) 3. Kammer

Präsident des Verwaltungsgerichts Prof. Dr. Neuhäuser
-Vorsitzender-

Richter am Verwaltungsgericht Rammes
-zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richterin am Verwaltungsgericht Rababah

Richter am Verwaltungsgericht Beckmann

Richterin Körbi

d) 4. Kammer

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Dr. Menzel
-Vorsitzender-

Richterin am Verwaltungsgericht Thiel
-zur stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richter am Verwaltungsgericht Dr. Notbohm

Richter am Verwaltungsgericht Rababah

e) 5. Kammer

Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Müller
-Vorsitzende-

Richterin am Verwaltungsgericht Fiegenbaum
-zur stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richterin am Verwaltungsgericht Benesch

Richter am Verwaltungsgericht Waltke

f) 7. Kammer

Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Schrader
-Vorsitzende-

Richterin am Verwaltungsgericht Dörmann
-zur stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richter am Verwaltungsgericht Claaßen

g) 8. Kammer

(Fachkammer für Streitigkeiten nach dem Niedersächsischen
Personalvertretungsgesetz)

Präsident des Verwaltungsgerichts Prof. Dr. Neuhäuser
-Vorsitzender- -ohne Dezernat-

Richter am Verwaltungsgericht Rammes
-zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richterin am Verwaltungsgericht Rababah

Richterin am Verwaltungsgericht Fiegenbaum

Richterin Brentrup

h) 9. Kammer

(Disziplinarkammer für Landesbeamte)

Präsident des Verwaltungsgerichts Prof. Dr. Neuhäuser
-Vorsitzender- -ohne Dezernat-

Richter am Verwaltungsgericht Rammes
-zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richterin am Verwaltungsgericht Rababah

Richterin am Verwaltungsgericht Fiegenbaum

Richterin Brentrup

i) 10. Kammer

(Disziplinarkammer nach dem Bundesdisziplinargesetz)

Präsident des Verwaltungsgerichts Prof. Dr. Neuhäuser
-Vorsitzender- -ohne Dezernat-

Richter am Verwaltungsgericht Rammes
-zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richterin am Verwaltungsgericht Rababah

Richterin am Verwaltungsgericht Fiegenbaum

Richterin Brentrup

j) 11. Kammer

(Fachkammer nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz)

Präsident des Verwaltungsgerichts Prof. Dr. Neuhäuser
-Vorsitzender-

Richter am Verwaltungsgericht Rammes
-zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt-

Richterin am Verwaltungsgericht Rababah

Richterin Brentrup

k) Mediation beim Güterichter

Zur Güterichterin im Sinne von § 173 Satz 1 VwGO i.V.m. § 278 Abs. 5 Satz 1 ZPO
werden bestimmt:

Richterin am Verwaltungsgericht Thiel

§ 2 Vertretung

(1) Im Falle der Verhinderung eines Vorsitzenden und seines bestellten Vertreters führt der Dienstälteste, in das Richterverhältnis auf Lebenszeit berufene Richter der jeweiligen Kammer den Vorsitz der Kammer. Sind sämtliche in das Richterverhältnis auf Lebenszeit berufene Richter der Kammer verhindert, führen von den nach Abs. 2 zur Vertretung berufenen, nicht verhinderten Richtern zunächst die Vorsitzenden Richter, sodann deren bestellte Vertreter und schließlich die jeweils Dienstältesten, in das Richterverhältnis auf Lebenszeit berufenen Richter den Vorsitz.

Ist eine Kammer nicht beschlussfähig, so werden von den nach Abs.2 zur Vertretung berufenen, nicht verhinderten Richtern die jeweils dienstjüngsten hinzugezogen. Die Hinzuziehung des Vorsitzenden erfolgt erst, wenn alle anderen Mitglieder der Kammer an der Vertretung verhindert sind.

(2) Es werden vertreten:

- die Richter der 1. Kammer
- von den Richtern der 2. Kammer,
- die Richter der 2. Kammer
- von den Richtern der 1. Kammer,
- die Richter der 3. Kammer
- von den Richtern der 4. Kammer,
- die Richter der 4. Kammer
- von den Richtern der 3. Kammer,
- die Richter der 5. Kammer
- von den Richtern der 7. Kammer,
- die Richter der 7. Kammer
- von den Richtern der 5. Kammer,
- die Richter der 11. und 8. Kammer
- von den Richtern der 3. Kammer
- die Richter der 9. und 10. Kammer
- von den Richtern der 3. Kammer

Sind die nach der vorstehenden Regelung berufenen Vertreter verhindert, so übernehmen die Mitglieder derjenigen allgemeinen Kammern die Vertretung, die der vertretenden Kammer in der Nummer folgt. Ist die Reihenfolge erschöpft, tritt der jeweils dienstjüngste, nicht verhinderte Richter der übrigen allgemeinen Kammern in ihrer numerischen Reihenfolge ein.

(3) Die Güterichterinnen verteilen ihre Geschäfte untereinander unter Berücksichtigung des Geschäftsarfs und der Wünsche der Beteiligten.

Im Einzelfall führen die Güterichterinnen mit ihrer Zustimmung nach vorheriger Absprache auch Güteverhandlungen in Güteverfahren anderer Gerichte durch.

2. Abschnitt

Besetzung der Kammern mit ehrenamtlichen Richtern

§ 3 Besetzung der 1. bis 7. Kammer, Heranziehung, Vertretung

1. Die Besetzung der Kammer mit ehrenamtlichen Richtern ergibt sich aus dem Anhang zum Geschäftsverteilungsplan.

Die ehrenamtlichen Richter werden zu den Sitzungen der Kammern in der Reihenfolge der für jede Kammer unter I) aufgestellten Liste herangezogen. Der Stand der Heranziehungsreihenfolge wird durch den Jahreswechsel nicht beeinflusst.

2. Ist ein ehrenamtlicher Richter ausgeschlossen oder verhindert, so ist der auf der Liste der Kammer als nächster aufgeführte, noch nicht geladene, ehrenamtliche Richter heranzuziehen. Der Verhinderte gilt als herangezogen. Das Gleiche gilt, wenn die Sitzung ausfällt, zu der der ehrenamtliche Richter bereits geladen war.

3. Die Heranziehung von Vertretern ehrenamtlicher Richter bei unvorhergesehener Verhinderung aufgrund der bei den einzelnen Kammern unter b) aufgestellten Hilfslisten erfolgt nach denselben Grundsätzen. Die Heranziehung aufgrund der Hilfsliste gilt jedoch nicht als Heranziehung aufgrund der Hauptliste.

§ 4 Besetzung der 8., 9., 10. und 11. Kammer

Die ehrenamtlichen Richter der 11. und 8. Kammer werden zu den Sitzungen in der Reihenfolge der gem. § 31 ArbGG aufgestellten Listen herangezogen.

Für die im Anhang angeführten ehrenamtlichen Richter der 9. und 10. Kammer gilt § 3 Nr. 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass die in alphabetischer Reihenfolge heranzuziehenden ehrenamtlichen Richter der Laufbahngruppe und dem Verwaltungszweig des beschuldigten Beamten angehören sollen. Enthält die Anlage keinen ehrenamtlichen Richter, der sowohl der Laufbahngruppe als auch dem Verwaltungszweig des beschuldigten Beamten angehört, so wird der in der Reihenfolge der Anlage beginnend mit den ehrenamtlichen Richtern der allgemeinen inneren Verwaltung bzw. dem Ressort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales nächstberufene ehrenamtliche Richter herangezogen, der der Laufbahngruppe des beschuldigten Beamten angehört. Ist ein ehrenamtlicher Richter ausgeschlossen oder verhindert, so tritt an seine Stelle der in der Liste für den Verwaltungszweig und die Laufbahngruppe als nächster aufgeführte.

§ 5 Übersicht, Zweifelsfragen

(1) Der oder die Urkundsbeamte der Geschäftsstelle hat auf der Liste zu vermerken, an welchen Tagen die ehrenamtlichen Richter herangezogen worden sind.

(2) Über Zweifelsfragen bei der Heranziehung von ehrenamtlichen Richtern entscheidet der oder die Vorsitzende der Kammer.

3. Abschnitt

Zuständigkeit der Kammern

§ 6 Geschäftsverteilung

Die eingehenden Sachen werden wie folgt verteilt:

1. Kammer

- 01 00 **Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht; Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht****
- 01 10 Parlamentsrecht
- 01 20 Europa-, Bundestags- und Landtagswahlrecht
- 01 30 Parteienrecht
- 01 44 Finanzausgleich
- 01 46 Bestattungs- und Friedhofsrecht
- 01 50 Sparkassenrecht
- 01 60 Staatsaufsicht über nichtkommunale juristische Personen des öffentlichen Rechts
- 01 70 Verfassung und autonome Rechte der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts einschl. der Wasser- und Bodenverbände
- 02 00 **Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)****
- 02 10 Schulrecht
- 02 11 Schulprüfungs- und Versetzungsrecht einschl. Nichtschülerprüfungen
- 02 12 Schülerbeförderung und Kosten für Lernmittel
- 02 20 Hochschulrecht (ohne NC-Verfahren) einschl. hochschulrechtliche Abgaben
- 02 22 Erlaubnis zum Führen eines ausländischen akademischen Grades
- 02 23 Hochschulzugangsrecht, soweit Hochschulen ihre Aufnahmebedingungen durch Bewerber nicht als erfüllt ansehen (ohne Streitigkeiten um die Kapazitätsgrenzen, vgl. Nr. 03 10)
- 02 30 Wissenschaft und Kunst
- 02 40 Film- und Presserecht
- 02 60 Recht der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie der Ordensgesellschaften
- 02 70 Erwachsenenbildungsrecht (ohne Berufsbildungsrecht)
- 02 80 Sport
- 03 00 **Numerus-clausus-Verfahren****
- 03 10 Vergabe von Studienplätzen durch die Hochschulen, soweit die Kapazitätsgrenzen streitgegenständlich sind, und die damit zusammenhängenden Immatrikulations- und Exmatrikulationsverfahren (NC-Verfahren) (ohne Verfahren, in denen die Hochschulen ihre Aufnahmebedingungen durch die Bewerber nicht als erfüllt ansehen, vgl. Nr. 02 23)
- 03 20 Verteilung von Studienplätzen durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen
- 04 00 **Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe****
- 04 10 Wirtschaftsverfassung, Wirtschaftslenkung, Marktordnung einschl. Preisrecht, Außenwirtschaftsrecht
- 04 11 Subventionsrecht (soweit die Verfahren nicht in die Zuständigkeit der 5. Kammer fallen)
- 04 12 Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftlicher Vereinigungen einschließlich Abgabenrecht der wirtschaftsständischen Körperschaften
- 04 13 Beschränkungen aufgrund des § 1 Abs. 3 des Energiesicherungsgesetzes 1975
- 04 14 Vergaberecht
- 04 15 Finanzdienstleistungsaufsicht
- 04 20 Gewerberecht einschl. berufliche Bildung (ohne Erwachsenenbildungsrecht)
- 04 21 Gewerbeordnung

- 04 22 Handwerksrecht
- 04 23 Gaststättenrecht
- 04 60 Recht der freien Berufe
einschl. Kammerrecht und Abgabenrecht der berufsständischen Körperschaften (z.B. Apotheker, Architekten, Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte, Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer)
sowie einschließlich des Rechts der Heilberufe in der Pflege
- 04 70 Recht der Beliehenen, z. B. Schornsteinfegerrecht, Berufsrecht der Vermessungsingenieure
- 04 80 Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahn- und Wasserstraßenrecht (ohne Enteignungsrecht vgl. Untergruppe 09 60 ff.)
- 04 90 Sonstiges Wirtschaftsrecht
- 04 91 Krankenhausrecht einschl. Krankenhauspflegesätze
- 04 92 Feiertagsgesetz
- 05 40 Gesundheit, Hygiene, Lebens- und Arzneimittelrecht (ohne Krankenhausrecht)
- 05 41 Lebensmittelrecht
- 05 50 Verkehrsrecht
- 05 51 Recht der Fahrerlaubnisse einschl. Fahrerlaubnisprüfung
- 05 52 Personenbeförderungsrecht
- 05 53 Güterkraftverkehrsrecht
- 05 54 Luftverkehrsrecht
- 05 55 Wasserverkehrsrecht
- 05 56 Eisenbahnverkehrsrecht
- 05 70 Lotterierecht
- 05 80 Recht der Titel, Orden und Ehrenzeichen (ohne akademische Grade)
- 09 70 Recht der vertraglich vereinbarten Beteiligung an den aus einer Bauleitplanung folgenden Kosten einschl. Erschließungsvertragsrecht
- 10 40 Straßen- und Wegerecht (ohne Enteignungsrecht sowie Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahn- und Wasserstraßenrecht) **für den Bereich** Sondernutzungen (jedoch ohne Grundstückszufahrten) und Sondernutzungsgebühren nach den Straßengesetzen
- 11 00 Abgabenrecht**
 - ohne Kammerbeiträge im Sinne der Sachgebiete 0412 und 0460
 - ohne hochschulrechtliche Abgaben
 - ohne Sondernutzung
- 11 10 Steuern
- 11 11 Kommunale Steuern
- 11 12 Kirchensteuer
- 11 20 Gebühren
- 11 21 Benutzungsgebührenrecht
- 11 22 Verwaltungsgebührenrecht, soweit nicht die Zuständigkeit einer anderen Kammer nach § 7 Nr. 5 gegeben ist
- 11 30 Beiträge
- 11 31 Erschließungsbeiträge
- 11 32 Ausbaubeiträge
- 11 33 Kurbeitrag, Fremdenverkehrsbeitrag
- 11 40 Haus-(Grundstücks-)anschlusskosten
- 11 50 Ausgleichsabgaben (ohne solche nach dem BauGB)
- 11 60 Bescheinigungen aufgrund abgaberechtlicher Vorschriften
- 11 70 Anschluss- und Benutzungszwang für kommunale Einrichtungen
- 14 30 Berufsgerichtliche Verfahren soweit diese am Verwaltungsgericht bearbeitet werden
- 17 00 Sonstiges**
- 17 10 Justizverwaltungsrecht
- 17 20 Archivrecht
- 18 00 **Asylrecht – Hauptsacheverfahren** (Asylrecht)
(Herkunftsland: Afghanistan, Georgien, Pakistan)
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG

- 18 10 **Asylrecht**
(**Herkunftsland:** Afghanistan, Georgien, Pakistan)
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 19 00 **Asylrecht – Eilverfahren** (Asylrecht)
(**Herkunftsland:** Afghanistan, Georgien, Pakistan),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4
AsylG
- 19 10 **Asylrecht**
(**Herkunftsland:** Afghanistan, Georgien, Pakistan),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4
AsylG
- 22 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren**
(**Herkunftsland:** Afghanistan, Georgien, Pakistan)
(Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)
- 23 00 **Asylrecht – Eilverfahren**
(**Herkunftsland:** Afghanistan, Georgien, Pakistan)
(Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)

2. Kammer:

- 05 26 Tierschutz
- 05 42 Seuchenrecht (einschließlich Streitigkeiten um die Aufhebung der Wohnsitzpflicht nach § 49
Abs. 2 AsylG aus Gründen des Infektionsschutzes), Viehseuchenrecht,
Tierkörperbeseitigung (ohne 05 42 19 – weiter bei SK03)
- 09 00 Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschl.
Enteignung**
- 09 10 Raumordnung, Landesplanung
- 09 20 Bauplanungs-, Bauordnungs- und Städtebauförderungsrecht (einschl. Ausgleichsabgaben
nach dem BauGB)
- 09 40 Denkmalschutz
- 09 50 Kataster- und Vermessungsrecht
- 09 60 Enteignungsrecht
- 09 80 Angelegenheiten des Wohnungseigentumsgesetzes, z. B. Abgeschlossenheitsbescheid
- 09 90 Recht der Außenwerbung
- 10 00 Umweltrecht**
- 10 20 Umweltschutz - Klagen und Anträge von anerkannten Umweltverbänden nach dem
Umweltrechtsbehelfsgesetz – UmwRG –**
- 10 21 Immissionsschutzrecht
- 10 30 Wasserrecht
- 10 40 Straßen- und Wegerecht einschließlich Grundstückszufahrten (ohne Enteignungsrecht sowie
Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahn- und Wasserstraßenrecht) **jedoch ohne sonstige**
Sondernutzungen und **ohne** Sondernutzungsgebühren nach den Straßengesetzen
- 10 50 Recht der Gentechnik
- 10 60 Streitigkeiten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz
- 10 70 Streitigkeiten nach dem Umweltinformationsgesetz
- 13 51 Recht der Kriegsdienstverweigerung
- 13 52 Recht des Zivildienstes
- 13 53 Recht der Unterhaltssicherung und des Arbeitsplatzschutzes
- 13 60 Dienstrecht des Zivilschutzes
- 13 70 Wiedergutmachungsrecht, Streitigkeiten nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz sowie
über die Nachversicherung nach § 99 des Allgemeinen Kriegsfolgenrechts und nach
Artikel 6 §§ 18 ff. FANG
- 17 30 Verfahren nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)
Verfahren nach dem Verbraucherinformationsgesetz
- 18 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren** (Asylrecht)

- (**Herkunftsland:** Iran, Kolumbien),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 18 10 **Asylrecht**
(**Herkunftsland:** Iran, Kolumbien)
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 19 00 **Asylrecht - Eilverfahren** (Asylrecht)
(**Herkunftsland:** Iran, Kolumbien),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 19 10 **Asylrecht**
(**Herkunftsland:** Iran, Kolumbien),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 22 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren** (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)
(**Herkunftsland:** Iran, Kolumbien)
- 23 00 **Asylrecht - Eilverfahren** (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)
(**Herkunftsland:** Iran, Kolumbien)

3. Kammer:

- 02 21 Recht der Hochschul- und Staatsprüfungen sowie der Anerkennung ausländischer Prüfungen
- 04 32 Weinrecht
- 04 50 Post-, Fernmelde- und Telekommunikationsrecht
- 05 42 19 Seuchenrecht (Streitigkeiten aus Gründen des Infektionsschutzes)
- 05 60 Wohnrecht (ohne Wohngeldrecht)
- 05 61 Wohnungsbauförderungsrecht und Wohnungsbindungsrecht einschließlich Mietpreisbildung
- 05 62 Wohnungsaufsichtsrecht
- 12 00 Vermögens- und SED-Rehabilitierungsrecht
- 12 10 Recht der offenen Vermögensfragen
- 12 11 Rückübertragungsrecht
- 12 12 Investitionsrecht
- 12 13 Vermögenszuordnungsrecht
- 12 14 Treuhandrecht
- 12 15 Entschädigungsrecht
- 12 16 Ausgleichsleistungsrecht
- 12 20 Bereinigung von SED-Unrecht
- 12 21 Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung
- 12 22 Berufliche Rehabilitierung
- 13 00 Recht des öffentlichen Dienstes**
- 13 10 Recht der Bundesbeamten**
- 13 11 Laufbahnprüfungen
- 13 12 Beförderungen
- 13 13 Versetzungen und Abordnungen
- 13 14 Besoldung und Versorgung
- 13 15 Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütungen, Trennungsentschädigungen
- 13 20 **Soldatenrecht**
- 13 21 Laufbahnprüfungen
- 13 22 Beförderungen
- 13 23 Versetzungen und Kommandierungen
- 13 24 Besoldung und Versorgung
- 13 25 Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütungen, Trennungsentschädigungen
- 13 30 **Recht der unmittelbaren und mittelbaren Landesbeamten**
- 13 31 Laufbahnprüfungen

- 13 32 Beförderungen
- 13 33 Versetzungen und Abordnungen
- 13 34 Besoldung und Versorgung
- 13 35 Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütungen, Trennungsentschädigungen
- 13 40 **Recht der Richter**
- 13 42 Beförderungen
- 13 43 Versetzungen und Abordnungen
- 13 44 Besoldung und Versorgung
- 13 45 Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütungen, Trennungsentschädigungen
- 13 50 Wehrpflichtrecht, Wehrrecht
- 13 71 Härtefonds für nichtjüdische Verfolgte des NS Regimes
- 13 90 Recht der Richtervertretungen
- 18 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Asylrecht)**
(Herkunftsland: Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Serbien, Armenien, Russische Föderation, Ukraine, Indien, Nepal, Albanien, Mazedonien oder Nordmazedonien),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 18 10 **Asylrecht**
(Herkunftsland: Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Serbien, Armenien, Russische Föderation, Ukraine, Indien, Nepal, Albanien, Mazedonien oder Nordmazedonien)
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 19 00 **Asylrecht - Eilverfahren (Asylrecht)**
(Herkunftsland: Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Serbien, Armenien, Russische Föderation, Ukraine, Indien, Nepal, Albanien, Mazedonien oder Nordmazedonien),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 19 10 **Asylrecht**
(Herkunftsland: Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Serbien, Armenien, Russische Föderation, Ukraine, Indien, Nepal, Albanien, Mazedonien oder Nordmazedonien),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 22 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)**
(Herkunftsland: Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Serbien, Armenien, Russische Föderation, Ukraine, Indien, Nepal, Albanien, Mazedonien oder Nordmazedonien)
- 23 00 **Asylrecht - Eilverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)**
(Herkunftsland: Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo und Serbien, Armenien, Russische Föderation, Ukraine, Indien, Nepal, Albanien, Mazedonien oder Nordmazedonien)

4. Kammer:

- 02 50 Rundfunk- und Fernsehrecht
- 04 40 Jagd-, Forst- und Fischereirecht
- 05 11 Waffenrecht
- 05 22 Obdachlosenrecht
- 09 61 Streitigkeiten nach dem Bundesleistungsgesetz
- 09 62 Streitigkeiten nach dem Schutzbereichsgesetz
- 09 63 Streitigkeiten nach dem Landbeschaffungsgesetz
- 09 64 Streitigkeiten nach den Sicherstellungsgesetzen (z. B. Wassersicherstellungsgesetz, Verkehrssicherstellungsgesetz, Ernährungssicherstellungsgesetz) nicht
Energiesicherungsgesetz
- 10 10 Berg- und Energierecht**
- 10 11 Bergrecht, Streitigkeiten nach dem Abgrabungsgesetz
- 10 12 Energierecht
- 10 13 Atom- und Strahlenschutzrecht

- 15 00 Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht**
- 15 10 Wohngeldrecht
- 15 20 Sozialrecht (ohne Sozialhilfe)
- 15 21 Schwerbehindertenrecht
- 15 22 Kriegsofferfürsorgerecht
- 15 23 Kinder- und Jugendhilfe- sowie Jugendförderungsrecht
- 15 24 Ausbildungs- und Studienförderungsrecht
- 15 25 Unterhaltsvorschussrecht
- 15 26 Heizkostenzuschussrecht
- 15 27 Sozialrecht nach landesrechtlichen Vorschriften
- 15 28 Jugendarbeits- und Mutterschutzrecht
- 15 30 Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
- 15 40 Jugendschutzrecht
- 15 50 Kindergartenrecht, Heimrecht
- 15 60 Kriegsfolgenrecht
- 15 61 Lastenausgleichsrecht
- 15 62 Häftlingshilferecht, Heimkehrrecht und Kriegsgefangenenentschädigungsrecht
- 15 63 Flüchtlings- und Vertriebenenrecht
- 15 64 Requisitions- und Besatzungsschädenrecht
- 16 00 Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 2005)**
- 16 10 Sozialhilferecht (einschl. Grundsicherung und Verfahren zu pauschalierem Wohngeld)
- 16 20 Sonstige am 1. Januar 2005 übergegangene Bereiche
- 17 00 Streitigkeiten nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz
- 17 00 Sonstiges (Verfahren gegen den Präsidenten des Verwaltungsgerichts)
- 18 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Asylrecht)**
(Herkunftsland: Libanon, Länder Afrikas – ohne Sudan und Südsudan -),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4
AsylG
- 18 10 **Asylrecht**
(Herkunftsland: Libanon, Länder Afrikas – ohne Sudan und Südsudan -)
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4
AsylG
- 19 00 **Asylrecht - Eilverfahren (Asylrecht)**
(Herkunftsland: Libanon, Länder Afrikas – ohne Sudan und Südsudan -),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4
AsylG
- 19 10 **Asylrecht**
(Herkunftsland: Libanon, Länder Afrikas – ohne Sudan und Südsudan -),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4
AsylG
- 22 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)**
(Herkunftsland: Libanon, Länder Afrikas – ohne Sudan und Südsudan -)
- 23 00 **Asylrecht - Eilverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)**
(Herkunftsland: Libanon, Länder Afrikas – ohne Sudan und Südsudan -)

5. Kammer:

- 01 40 Kommunalrecht
- 01 41 Verfassung, Verwaltung und Organisation der Gemeinden und Gemeindeverbände/
kommunalen Gebietskörperschaften
- 01 42 Kommunalaufsichtsrecht
- 01 43 Kommunalwahlrecht
- 04 11 Landwirtschaftliche Subventionen, Anpassungshilfen, Stilllegungsprämien
- 04 30 Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft einschl. Milchquoten (ohne Subventionen,
Anpassungshilfen, Stilllegungsprämien, vgl. Schlüssel 04 11)

- 04 31 Agrarordnung, Flurbereinigung
- 05 00 Polizei- und Ordnungsrecht**
- 05 10 Polizeirecht
- 05 12 Versammlungsrecht
- 05 20 Ordnungsrecht (einschließlich des Hausrechts)
- 05 21 Polizeiliche Maßnahmen zum Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen
- 05 23 Vereinsrecht
- 05 24 Sammlungsrecht
- 05 25 Brand- und Katastrophenschutz einschl. Rettungsdienstrecht
- 18 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren** (Asylrecht)
(Herkunftsland: Die nicht anderen Kammern ausdrücklich zugewiesenen Asylverfahren.)
- 18 10 **Asylrecht**
(Herkunftsland: Die nicht anderen Kammern ausdrücklich zugewiesenen Asylverfahren)
- 18 20 **Asylrecht – Verteilung von Asylbewerbern**
- 19 00 **Asylrecht - Eilverfahren** (Asylrecht)
(Herkunftsland: Die nicht anderen Kammern ausdrücklich zugewiesenen Asylverfahren.)
- 19 10 **Asylrecht**
(Herkunftsland Die nicht anderen Kammern ausdrücklich zugewiesenen Asylverfahren),
- 19 20 **Asylrecht – Verteilung von Asylbewerbern**
- 20 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren** (Dublin-Verfahren nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) AsylG)
(Herkunftsland: Alle Länder)
- 21 00 **Asylrecht - Eilverfahren** (Dublin-Verfahren nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) AsylG)
(Herkunftsland: Alle Länder)
- 22 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren** (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)
(Herkunftsland: Die nicht anderen Kammern ausdrücklich zugewiesenen Asylverfahren.)
- 23 00 **Asylrecht - Eilverfahren** (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)
(Herkunftsland: Die nicht anderen Kammern ausdrücklich zugewiesenen Asylverfahren.)

7. Kammer:

- 05 30 Personenordnungsrecht
- 05 31 Namensrecht
- 05 32 Staatsangehörigkeitsrecht
- 05 33 Melderecht
- 05 34 Pass- und Ausweisrecht
- 05 35 Datenschutzrecht
- 05 36 Verfahren nach dem Gesetz über den registergestützten Zensus
- 06 00 Ausländerrecht**
- 10 22 Abfallbeseitigungsrecht
- 10 23 Naturschutzrecht, Landschaftsschutzrecht einschl. Artenschutzrecht
- 18 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren** (Asylrecht)
(Herkunftsland: Syrien, Moldau),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 18 10 **Asylrecht**
(Herkunftsland: Syrien, Moldau)
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 19 00 **Asylrecht - Eilverfahren** (Asylrecht)
(Herkunftsland: Syrien, Moldau),
mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG
- 19 10 Asylrecht
(Herkunftsland: Syrien, Moldau),

mit Ausnahme der Verfahren betreffend Entscheidungen nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 b, 2, 3 und 4 AsylG

22 00 **Asylrecht - Hauptsacheverfahren** (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)

(Herkunftsland: Syrien, Moldau)

23 00 **Asylrecht - Eilverfahren** (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)

(Herkunftsland: Syrien, Moldau)

8. Kammer:

13 82 Personalvertretungsrecht der Länder

9. Kammer:

14 20 Disziplinarrecht der Landesbeamten

10. Kammer:

14 10 Disziplinarrecht der Bundesbeamten

11. Kammer:

13 81 Personalvertretungsrecht des Bundes

§ 7 Verteilung der zur Entscheidung eingehenden Streitsachen

1. Soweit sich die Verteilung der eingehenden Streitsachen nach dem Rechtsgebiet richtet, bestimmt sich die sachliche Zuständigkeit der Kammern nach dem Recht, auf dem der angefochtene oder begehrte Verwaltungsakt beruht oder beruhen wurde bzw. das für das umstrittene Rechtsverhältnis maßgebend ist.
2. Kommen für die Entscheidung wesentlich auch Fragen aus einem Sachgebiet in Betracht, für das nicht die Kammer, bei der die Sache anhängig ist und vor die sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern eine andere Kammer zuständig ist, so kann die Sache, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, durch Beschluss an diese Kammer abgegeben werden, sofern diese zustimmt.
3. Soweit ein offenkundiger Zusammenhang mit einer noch beim Verwaltungsgericht anhängigen Sache besteht, fallen ausnahmsweise die Streitigkeiten jeweils der Kammer zu, in deren Zuständigkeitsbereich die erste Sache gefallen ist. Zurückverwiesene, wiederaufgenommene und nach Aussetzung, Ruhensbeschluss oder Vorlage an ein anderes Gericht fortgesetzte Verfahren fallen in den Zuständigkeitsbereich der Kammer, die im Zeitpunkt der Zurückverweisung, Wiederaufnahme oder Fortsetzung nach § 6 zuständig ist.
4. Verfahren, in denen bereits eine Beweiserhebung durch Beschluss oder in sonstiger Weise veranlasst worden oder ein Verhandlungstermin anberaumt ist, verbleiben in der bisher damit befassten Kammer. Dasselbe gilt für Verfahren, die länger als ein halbes Jahr anhängig sind.
5. Für Streitigkeiten, die das Verwaltungsverfahren (Z.B. Akteneinsichtsrecht) einschließlich seiner Gebühren und Auslagen sowie seiner sonstigen Kosten, die Verwaltungsvollstreckung, Ansprüche auf Folgenbeseitigung und Entschädigung sowie Prüfungen betreffen, ist die Kammer zuständig, der das zugrundeliegende Rechtsgebiet zugewiesen ist.
6. Rechtshilfeersuchen werden den Kammern nach ihrer sachlichen Zuständigkeit zugeteilt. Soweit die Vernehmung oder die Vereidigung von Zeugen nach § 180 VwGO durch den Einzelrichter zu erfolgen hat, findet sie vor dem dienstjüngsten Richter der jeweils zuständigen Kammer statt.
7. In Verfahren aus dem Gebiete des Asylrechts - mit Ausnahme der Verfahren, in denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf der Grundlage des § 27a i.V.m. § 34 oder § 34a AsylG die Abschiebung angeordnet oder angedroht hat, richtet sich die Kammerzuständigkeit nach der vom Bundesamt angenommenen Staatsangehörigkeit bzw. nach dem der Entscheidung zugrundeliegenden Herkunftsgebiet. Besitzt der Ausländer mehrere Staatsangehörigkeiten, ist er staatenlos oder ist seine Staatsangehörigkeit bzw. sein Herkunftsgebiet aus der Sicht des Bundesamtes ungeklärt, bestimmt sich die Zuständigkeit nach dem Staat, in den der Ausländer abgeschoben werden soll; bei mehreren Staaten gilt der erstgenannte. Ist nach den oben genannten Maßstäben eine Zuordnung des Verfahrens zu einer Kammer nicht möglich, ist auf das Vorbringen des Asylbewerbers zu seiner Staatsangehörigkeit bzw. seinem Herkunftsgebiet abzustellen.

§ 7a Zuständigkeitswechsel bei Änderung des Klagegegenstands nach § 77 Abs. 4 AsylG

Hauptsacheverfahren, die Unzulässigkeitsentscheidungen nach § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 a), 1 b), 2,3,4 AsylG betreffen, gehen in dem Zeitpunkt, in dem eine eingetretene Änderung des Klagegegenstands gemäß § 77 Abs. 4 Satz 1 AsylG im Verfahren mitgeteilt wird, auf die Kammer über, die für eine in diesem Zeitpunkt eingehende Klage gegen den neuen Verwaltungsakt zuständig wäre.

§ 8 Auslegung des Geschäftsverteilungsplanes

Halten sich in einer Sache keine oder mehrere der nach dem Geschäftsverteilungsplan in Betracht kommenden Kammern für zuständig, so entscheidet der Präsident vorläufig darüber, welche Kammer zuerst nach Eingang mit der Sache zu befassen ist.

Das Präsidium entscheidet, wenn im Einzelfall streitig bleibt, welche Kammer zuständig ist. Auch im Übrigen entscheidet bei Zweifeln über die Auslegung des Geschäftsverteilungsplanes das Präsidium.

Prof. Dr. Neuhäuser

**Anhang zum Geschäftsverteilungsplan
Heranziehung der ehrenamtlichen Richter ab 01.01.2021 zu den Kammern:**

1. Kammer

a) Hauptliste gem. § 30 Abs. 1 VwGO

Bryant, Gabriele
von Dreele, Katrin
Felfeli, Petra
Haunhorst, Lutz
Hoon, Helena
Knoll, Karl-Heinz
Läer, Martin
Menslage, Heike
Meyer, Gudrun
Pelling, Martina
Schmidt, Andrea
Segger, Wilfried Berthold

b) Hilfsliste gem. § 30 Abs. 2 VwGO

von Dreele, Katrin
Felfeli, Petra
Haunhorst, Lutz
Läer, Martin
Menslage, Heike
Meyer, Gudrun

2. Kammer

a) Hauptliste gem. § 30 Abs. 1 VwGO

Bürschen, Anke-Margarete
Wassermann, Monika
Ahrens, Simone
Görtemöller, Karl-Georg
Harding, Annette
Kaalminck, Gisela
Langels, Hans-Peter
Lintker, Sandra
Niehage, Mina
Wübbe, Gerhard

b) Hilfsliste gem. § 30 Abs. 2 VwGO

Görtemöller, Karl-Georg
Harding, Annette
Lintker, Sandra
Niehage, Mina

3. Kammer

a) Hauptliste gem. § 30 Abs. 1 VwGO

Freeks, Tina
Bremert, Christiane
Cromme, Michael
Eilers, Jens
Entrup-Henemann, Maria
Günther, Frank
Jager, Nicole
Lager, Werner
Zwiens, Heinrich

b) Hilfsliste gem. § 30 Abs. 2 VwGO

Bremert, Christiane
Cromme, Michael
Entrup-Henemann, Maria
Lager, Werner

4. Kammer

a) Hauptliste gem. § 30 Abs. 1 VwGO

Kuhlmann, Silke
Evers, Lara
Fübbeker, Mechthild
Hennig, Anke
Honnigfort, Thomas
Ittershagen, Markus
Lemmer, Laura Lotte
Ratzke, Detlef
Schrader, Gerhard
Villmer, Rolf

b) Hilfsliste gem. § 30 Abs. 2 VwGO

Kuhlmann, Silke
Hennig, Anke
Lemmer, Laura Lotte
Ratzke, Detlef
Schrader, Gerhard
Villmer, Rolf

5. Kammer

a) Hauptliste gem. § 30 Abs. 1 VwGO

Musharbash, Nazih
Book, Johannes
Droste, Agnes Klara
Feld, Anita
Geesen, Hans-Josef
Jauk, Anna-Maria

Roth, Björn
Schnieders, Rainer
Schröder, Erwin

b) Hilfsliste gem. § 30 Abs. 2 VwGO

Musharbash, Nazih
Droste, Agnes Klara
Geesen, Hans-Josef
Jauk, Anna-Maria
Schnieders, Rainer
Schröder, Erwin

7. Kammer

a) Hauptliste gem. § 30 Abs. 1 VwGO

Strzelecki, Werner
Berger, Ulrike
Elling, Frank
Pohlmann, Antonius
Eesmann, Friedel
Knemeyer, Karin
Möhr-Loos, Ursula
Stallkamp, Andreas
Strehl, Michael
Uphoff, Annette

b) Hilfsliste gem. § 30 Abs. 2 VwGO

Strzelecki, Werner
Knemeyer, Karin
Möhr-Loos, Ursula
Stallkamp, Andreas
Strehl, Michael
Uphoff, Annette